

union sind zur gigantischen Entwicklung gesangt. Der sozialistische Sektor hat in sämtlichen Wirtschaftszweigen der Sowjetunion die entscheidende Stellung erobert.

Die Sowjetunion ist in die Periode des Sozialismus eingetreten. Das Fundament der sozialistischen Ökonomie ist errichtet.

Der Kampf zwischen sozialistischen und kapitalistischen Elementen im Lande hat den entscheidenden Sieg des Sozialismus herbeigeführt. Die Frage: „Wer wen?“ ist im Bereich der Industrie und der Landwirtschaft gelöst. Die Industrie der Sowjetunion ist im Vergleich mit dem Vorslegeneveau der Produktion aufs Dreifache gewachsen. Das Sowjetland hat sich die moderne Technik angeeignet. Das ist an der Hüttenindustrie, an der Maschinenbauindustrie, am Werkzeugmaschinenbau, an der neu geschaffenen Automobil- und Traktorenindustrie sowie an der chemischen Industrie zu sehen.

Die alten Industrieviertel sind kolossal gewachsen und neue Industrieviertel sind geschaffen worden. Mit den Hochöfen von Magnitogorsk und Kusnezh ist die Basis für ein neues Hüttenrevier im Ural und Sibirien errichtet worden. Die rekonstruierte Erdölindustrie in der Sowjetunion hat ihren Fünfjahrsplan in zweieinhalb Jahren durchgeführt. Die Inbetriebsetzung des Donjepr-Kraftwerkes hat ein neues Kapitel der sozialistischen Industrialisierung der Ukraine eingesetzt.

Die „Pravda“ bringt ihren Lesern in Erinnerung, wie Lenin aus dem 9. Sowjetongriff darüber berichtete, daß die Hüttenwerke der Sowjetunion etwas über 1000 Tonnen Roheisen monatlich produziert haben. Gegenwärtig liefern sie etwa 19 000 Tonnen täglich.

Die „Pravda“ erwähnt die glänzenden Erfolge der Industrialisierungspolitik, die die Partei im siegreichen Kampf gegen den Klassenfeind und seine opportunistische Agentur erzielt hat, im Kampf gegen den Trotskismus, der sich in die Vorhut der konterrevolutionären Bourgeoisie verwandelt hat und gegen den Rechtsopportunitismus, die Hauptgeschäfts in der gegenwärtigen Etappe.

Die gewaltigen Erfolge der Leninischen Nationalitätenpolitik haben die wirtschaftliche und kulturelle Rückständigkeit der ehemaligen Kolonien des alten zaristischen Russland im Kampf gegen den Großmachtchaudismus und gegen Imperialismus beseitigt. Glänzende Erfolge wurden in der Vermittlung der Lösung Lenins über das Einholen und Überholen der kapitalistischen Länder, in der Vermittlung der Lösung Stalins über die Anwendung der Technik im Kampf gegen unsere Rückständigkeit und Kulturlosigkeit (das Erbe aus der Zarzeit) erzielt.

Die „Pravda“ betont jedoch, daß man sich am Vorabend des fünfzehnten Jahrestages der Sowjetmacht nicht auf die Feierstunde der Errungenheiten befröhnen könne. Es gibt auch schwache Punkte. Es könnten zum Beispiel an Stelle der 19 000 23 000 Tonnen täglich gewonnen werden. Auch die Leichtindustrie bleibt etwas zurück. In der Landwirtschaft sind gewisse Rückstände zu verzeichnen.

Nach dem Hinweis auf die Notwendigkeit, alle Kräfte zur Beseitigung der Rückstände und für die Verwirklichung der Ziele des Oktoberplenums des ZK einzusetzen, schließt die „Pravda“:

„Trotz unserer Mängel ist bei uns eine enorme Entwicklung, in den kapitalistischen Ländern die schwerste Krise zu verzeichnen. Die relative, teilweise Stabilisierung des Kapitalismus geht zu Ende. In verschiedenen Ländern wachsen die Voraussetzungen einer revolutionären Krise heran.“

Die Sektionen der Komintern sind gemacht und erfordern um die bestehende Lage auszutunzen, müssen sie lernen, die Massen an größere Aufgaben heranzuführen. Die Bourgeoisie sucht noch wie vor den Ausweg aus der Krise im Krieg, in der sowjetisch-revolutionären Intervention. Nicht umsonst entwenden die englischen Diehards einen jungen Elter. Nicht umsonst hinterziehen gewisse französische imperialistische Kreise den Abschluß eines Nichtengriffspaktes zwischen Rumänien und der Sowjetunion. Man denkt nur an die Entwicklungen im Prozeß gegen die „Industrialpartei“, die mit dem Namen Poincaré verknüpft sind. Man denkt daran, welche Rolle Rumänien bei der Durchführung der sowjetisch-revolutionären Intervention zugesetzt war und wie die Sowjetunion von beharrlicher Seite her durch die rumänischen Truppen angegriffen werden sollte. Gewisse imperialistische Kreise haben die Hoffnungen im Zusammenhang mit dem letzten Osten der Sowjetunion noch nicht aufgegeben.

Die Sowjetmacht verfolgt und verfolgt eine Friedenspolitik. Diese Politik ist bisher erfolgreich gewesen, weil sie sich auf die wachsende revolutionäre Bewegung, auf die wachsende Sympathie der weltlichen Massen der kapitalistischen Länder und auf die wachsende Macht und Wehrfähigkeit des Sowjetlandes stützt. Daher ist die Verwirklichung der von der Partei vorgezeichneten Pläne der weiteren Industrialisierung des Landes, der weiteren Befestigung der Sowjetgeüter und Kollektivwirtschaften, der Unabhängigkeit der Technik, der Anhäufung neuer Produktionszweige, der endgültigen Befreiung unseres Landes von ausländischer technisch-ökonomischer Abhängigkeit, der Verstärkung der Radikalität sozialistischen Industrie und Landwirtschaft, der Verbesserung der Belieferung der Arbeiterschaft, der Erfüllung der Herbst- und Wintertransportsäume, nicht nur die Lösung der nächsten Aufgaben des sozialistischen Aufbaus, sondern auch ein mächtiges Instrument in unserem Kampfe gegen die Kriegsgefahr. Es ist das beste Instrument zur Festigung der Sowjetunion als des unerschütterlichen Fortes des Sozialismus, als der Basis der proletarischen Revolution. Die Lösung aller dieser Aufgaben wird in höchstem Maße abhängen von der weiteren Festigung der Einheit und Macht unseres sozialistischen Partei, von ihrem weiteren Zusammenschluß um ihr leninistisches ZK, um unseren Führer und Lehrer Stalin, vom weiteren unverzüglichlichen Kampf gegen Opportunismus, Verschwörerismus und faulen Liberalismus, für die Generallinie unserer sozialistischen leninistischen Partei — der Stoßtruppe des Weltvolkes.

Erwerbslosenlämpfe erzwingen Winterhilfe

Heraus zum Kampftag der Erwerbslosen am 3. November

Durch Streik gegen die Pflichtarbeit haben sich die Erwerbslosen des Kreises Altena (Westfalen) als die ersten ihre Winterhilfe erkämpft. Die Jubiläumsgabe von 10 Zentner Kohlen, 2 bzw. 3 Zentner Kartoffeln für jedes Familienmitglied, das waren neben anderen durchgesetzten Forderungen die Erfolge des Kampfes.

BVB.-Arbeiter, stimmt für Streik!

Alles heraus zur Urabstimmung! — Die Sabotage der Gesamtverbandsbürokratie muß durchbrochen werden! — Mäßigt einheitliche Kampfleistungen!

Unter Anwendung des übelsten Verwirrungsmanövers will die Gesamtverbandsbürokratie den Streik der BVB-Arbeiter verhindern. Unter dem Druck der empörten Kollegen, die in zahlreichen Belegschaftsversammlungen durch die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition mobilisiert werden sind, müßten sie die Urabstimmung aussehen. Wenn es nach dem Willen der Gesamtverbandsbürokratie geht, dann soll diese Urabstimmung durchgeführt werden ohne Streikmobilisierung der Kollegen.

Das bewies bereits schlagend die Funktionärskonferenz des Gesamtverbandes, die am Freitagabend stattfand. Dort wurde auf Antrag Fliegerts beschlossen, die Urabstimmung durchzuführen, „um den Schreihäßen das Maul zu stopfen“. Damit wird erstmals einmal die große Masse auch der gewerkschaftlich organisierten BVB-Kollegen, die den Kampf gegen den Lohnabbau will, als „Schreihäse“ beimpft. Damit wird aber gleichzeitig auch zugesehen, daß die Bürokratie nur zur Urabstimmung schreitet, um den Streik zu verhindern.

Bezeichnend für die Sabotage der Gewerkschaftsbürokratie ist ein Zwischenfall bei der Firma Schauers. Er erklärte, wenn die Urabstimmung eine Dreiviertelmehrheit für Streik ergebe, dann würden die freigewerkschaftlichen Oberleute zusammengefaßt werden. Ein sozialdemokratischer Funktionär machte den Zwischenfall:

„Und dann Streik!“ Schauers aber antwortete:
„Dazu noch lange nicht Streik!“

Schauers ganzes Referat war darauf abgestellt, den Funktionären den neuen Lohnabbau leichter zu machen. Es handelt ja nur noch um 2 Pfennig Lohnabbau, und selbst nach diesem Abbau würden die BVB-Arbeiter immer noch 4 Pfennig mehr haben als die Kommercioarbeiter. Und prompt ließ heute bereits der BVB-Arbeiter die Bürokratie von vornherein unmissen zu machen!

der freigewerkschaftliche Obmann der Kriegsbeschädigten bei der BVB-Bau herum und riefte auf die Kollegen ein, bei 2 Pfennig Lohnabbau lohne es sich nicht, zu streiken.

Oppositionelle Kollegen, die sich zur Diskussion gesetzt hatten, wurde kurzerhand das Wort verweigert. Das hindert den „Bauwärts“ nicht, zu lägen, es hätte sich kein oppositioneller Kollege zum Wort gesetzt.

Das ungeheuerliche Verwirrungsmanöver leistete für die „Bauwärts“ in seiner gestrigten Übersetzung. Obwohl doch der Arbeiterrat als auch die Funktionäre entgegen den Versetzung der Opposition auf einen früheren Termin, die Urabstimmung für Mittwoch beschlossen haben, schreibt der „Bauwärts“: „Die Urabstimmung findet am Montag statt.“ Durch ihre Verwirrungsmanöver hofft die Gesamtverbandsbürokratie, zu erreichen, daß sich ein Teil der Kollegen nicht an der Abstimmung beteiligt und auf diese Weise die Dreiviertelmehrheit, die zu fordern, nicht zusammensetzen.

Die Pläne müssen durchstengt werden. Eine breite Massenaktion mag auf allen Dienststellen und allen Werksstätten durchgeführt werden, holt den letzten Kollegen heran und vereinigt ihn, für Streik zu stimmen! Röhrt sofort überall Belegschaftsversammlungen durch und läßt Bevölkerung für Streik zu für geöffnete Teilnahme an der Urabstimmung! Wählt auf allen Dienststellen einheitliche Konsenspunkte, um jeden Streik vorab der Bürokratie von vornherein unmissen zu machen!

Die Streikmobilisierung der BVB-Arbeiter ist eine Legitimation des ganzen sozialistischen Berlin! Der Kampf bei der BVB ist gegenwärtig der Brennpunkt des Kampfes gegen die Bürokratie. Durch Arbeitsaufgabe, durch unmittelbare Teilnahme aller Werkstattbewohner Arbeiter an der Streikberichterstattung und die Sabotage der Gesamtverbandsbürokratie durchdringen.

Neue Streiks gegen Lohnabbau

Schmeißt die Einheitsfront im Kampf!

Täglich treten weitere Betriebsbelegschaften in den Streik gegen Lohnabbau und Unternehmerterror. Der Kampfwillen der Betriebsarbeiter wächst trotz aller Streikbewältigungsversuche der Gewerkschaftsbürokratie, trotz aller Maßnahmen der Unternehmer weiter.

Am 27. Oktober ist die 270 Mann starke, überwiegend aus Arbeiterinnen bestehende Belegschaft der Rheinischen Zigarettenfabrik, ein Teilbetrieb der Firma Engelmann in Düsseldorf, in den Streik getreten. Der Streik steht nun gegen die Maßregelung von zwei Unternehmensleuten, die befürchtet waren, die Wahl des Betriebsrats einzuleiten und durchzuführen. Der Kampf steht unter Führung einer selbstgewählten Führerleitung und der KGO.

Gegen einen Lohnabzugangstreit, bis zu 20 Prozent ist die Belegschaft des Tiefgarabetriebes Lippmann u. Einsiedel in Chemnitz am 27. Oktober geschlossen in den Streik getreten. Streiktreiber sind nicht vorhanden. Nachdem die Arbeiter und Arbeitnehmer die Arbeit niedergelegt hatten, machte der Unternehmer den Vorschlag, statt 20 Prozent nur 15 Prozent abzuzahlen. Die Belegschaft hat jedoch beschlossen, bis zur vollständigen Zurückziehung des angedrohten Lohnabbaus weiterzustreiken.

In dem großen Gummiwaren-Continental in Hanover haben die Arbeiter und Arbeitnehmer der Firma gewonnen.

Abteilung am 27. Oktober einen Proteststreik durchgeführt. Der Proteststreik richtete sich gegen die angenommenen Sicherheits- und Schutzaufgaben am den Kampftag zu tun. Es gelangte zu einer 24-Stundenarbeitszeitverkürzung zu verlangen.

Gegen ein Lohnabzugsblatt des Unternehmers, das von 20 bis zu 15 Pfennig unter dem Wert gehalten werden kann, ist die Führer und Mitarbeiter der Firma Continental Gummikette in Freital (Sachsen) in den Streik getreten.

In Leipzig haben die Glasarbeiter der Firma Seeger die Arbeit niedergelegt. Der Streik steht für gegen einen Lohnabzugang des Unternehmers.

Die Betriebsräte der Papierfabrik Südländer & Salzmann in Klappstadt-Schmidel hat ihren Streik gegen Lohnabzug annulliert. Unter dem Druck der gescheiterten Forderungen erhält die Firma der Einigung, daß der angekündigte Lohnabbau zurückgenommen und keine Maßregelungen durchgeführt werden.

Verfassungskampf im Reich für roten Seg

Zehn SPD-Arbeiter freuten im Magdeburger Bier-Beratungssaal über den Erfolg ihrer Forderungen.

Nicht nur in Berlin, sondern im ganzen Reich kommt die Kommunistische Partei des Reichs in den Streik. Sie fordert die sozialistische Sicherheit ihres Reiches. Sie fordert, die SPD werde sich nicht auf den Krieg des Imperialismus zurückzubauen, sie fordert gemeinsame. Sie ist der legitime Stütze des Staates an die SPD durch ihre Sicherheits- und Friedenspolitik und nicht für Sicherstellung gekommen. Sie will nicht ihre überparteilichen Grundsätze so leicht ändern, damit sie in der kommunistischen Partei für die politische Befreiung kämpfen.

Gemeine Gewalt kann nicht in zwei überparteilichen Majoritätsgruppierungen der Kommunisten aufgeteilt werden, die eine gemeinsame Sicherung mit der sozialdemokratischen und nationalsozialistischen Stütze ihres Staates. Die Kommunisten, die in den sozialistischen Gefangenengruppen gegen die Verhandlungen im Strafgericht der „Roten Hilfe“ eingingen, sagten, daß sie den Friedenskampf fortsetzen.

15 000 Arbeiter und Arbeitnehmer verhinderten bei Bautzen aber eine Blockabschiebung in Dresden, in der die Straftagsabgeordneten Beder und Witzel zugeschlagen. Von Bautzen aus riefen die sozialistischen Gewerkschaften und riefen die SPD zu gemeinsamen Kundgebungen für den Tag der Bautzen auf.

Eine massive Gewaltanzahlkundgebung gegen Bautzen und Wilkowitz und im überparteilichen Steinberg soll Gemeindeamt ein Requiem eröffnen darf. Die Gewerkschaften rufen das durch den Betriebsrat Schlossberg gegen die Männer dieses Reiches. Gemeindeamt Steinberg und Steinberg sind hier wie drüber. Daraus erhält der Gewerkschaft die sozialistische Sicherheit und Sicherheit unter der sozialistischen Gewalt. Wir brauchen keinen Kommissar, nicht einen politischen Arbeitgeber und Staatsrichter über die Sorgen eines sozialistischen Gewerkschaftsvereins, der einen gemeinsamen Kampf für Arbeit, Freiheit und Frieden.

Auch im Lippegebiet haben die Gewerkschaften durch Willkürstreik, Eigentum, Widerstand und Schutzzoll nicht allein für 28 Gemeinden den Abbau der Unterhaltung abgewehrt, sondern dazu in einer Reihe von Gemeinden die Lieferung von Gas und Kohlen wie auch die Verbilligung des Preises, des Gutes und des elektrischen Stroms durchgelegt.

Durch einen Streik der Pflichtarbeiter in Rellingen (Lippegebiet) wurde die Gemeinde gezwungen, an alle Erwerbslosen verbilligte Kohlen und Kartoffeln zu liefern. Gas und Wasser erhalten die Erwerbslosen zum Selbstkostenpreis. Die Witterungen von 10 Prozent gehen und die Verbilligung des Preises wird von der Stadtverwaltung unterstützt.

In Süderbrarup (Sylt) riefen die Gewerkschaften die Lieferung von 10 Zentner Kohlen an Betriebsräte und 5 Zentner an Polizei.